

P. XVIII 14

Bonn, den 21. Januar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
	HUGH GAITSKELL ----- Im Gedenken an einen Freund Von Erich Ollenauer Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Vizepräsident der Sozialistischen Internationale	34
2	Ungewißheit ----- Zur Begegnung de Gaulle - Adenauer	33
3 - 4	"Amerika sitzt nun einmal am Steuer" ----- Philosophische Betrachtungen Washingtons zur Krise in der NATO Von unserem Korrespondenten in den USA	9c
5 - 6	Der Ostblock lockt Entwicklungsländer-Studenten (I) ----- Aber viele flüchten in den Westen	62

Chefredakteur Günter Markscheffel

HUGH GAITSKELL

Im Gedenken an einen Freund
Von Erich Mollenhauer

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
Vizepräsident der Sozialistischen Internationale

Der Tod unseres Freundes Hugh Gaitskell ist ein schwerer Verlust für den demokratischen Sozialismus in der ganzen Welt. Seit acht Jahren Führer der Labour-Opposition im britischen Unterhaus und einer der Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale hat Hugh Gaitskell seine großen Fähigkeiten und seine unermüdliche Tatkraft in den Dienst nicht nur seines Volkes gestellt. Auch sein internationales Wirken für die Sache der Freiheit und des Friedens sicherten dem Verstorbenen schon zu Lebzeiten Anerkennung und Dankbarkeit.

Wenn irgendwo in der Welt Krisen sichtbar wurden, war es Hugh Gaitskell, der die Stimme der Vernunft erhob. Scharfsinn und ausgleichendes Wesen gaben diesem großen Engländer jene Autorität, die notwendig ist, um auch dann politisch wirksam werden zu können, wenn man als Politiker nicht über die Regierungsgewalt verfügt.

Die letzten Jahre seines Lebens war Gaitskell erfüllt von der Aufgabe, der britischen Labour-Party neue Impulse zu geben. Unvergessen bleibt jener Labour-Kongress vor zwei Jahren, auf dem Gaitskell seine Partei davon überzeugte, daß es in der Welt von heute kein Abseitsstehen in der großen Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Unfreiheit gibt. Er sagte dem Neutralismus den Kampf an und gewann diesen Kampf.

Seither war es das Bemühen Gaitskells, die gewonnene Position auszubauen und zu festigen, ihr jene solide Grundlage zu geben, die allein eine politische Partei befähigt, die Geschicke eines Volkes zu lenken.

Hugh Gaitskell, der demokratische Sozialist, war einer der Unseren; er lebte mit uns und - er stritt mit uns. Immer war das Gespräch mit ihm ein Gewinn. Gaitskells umfassende Kenntnis internationaler Zusammenhänge bereicherte stets den oft mit ihm geführten Gedankenaustausch. Selbst bei Meinungsverschiedenheiten beherrschte der Wille des gegenseitigen Verstehens jede Zusammenkunft und eröffnete neue und weitere Perspektiven für die Lösung schwieriger Probleme.

Wir verneigen uns in Ehrfurcht vor Hugh Gaitskell, dem Freund und Staatsmann, dem großen Briten und dem Streiter für die Ideale des demokratischen Sozialismus.

Ungewissheit

Zur Begegnung de Gaulle - Adenauer

sp - Ob die Begegnung, wohl die letzte, zwischen dem deutschen Regierungschef Adenauer und dem französischen Staatschef de Gaulle das Prädikat "historisch" verdient, wird sich erst in der Zukunft erweisen. Eine skeptische Generation hat den Zweifel in den Wert solcher oft von leichter Hand kommender Feststellungen gelernt. Vielleicht kommt, auf lange Sicht gesehen, dem ersten Schritt einer Annäherung zwischen Chruschtschow und Kennedy in der Frage einer Kontrolle der atomaren Testversuche eine grössere Bedeutung für die kommenden Jahre zu als dem Ausgang der Pariser Verhandlungen.

Was sich in diesen Tagen in der Hauptstadt Frankreichs abspielt, ist der Schlußstrich unter eine Entwicklung, die von beiden Völkern zutiefst gewollt und bejaht wird. Sie wollen und werden keine Kriege mehr gegeneinander führen, für die Jugend beider Völker ergeben sich ungeahnte Möglichkeiten, ihre Kräfte und Energien im gemeinsamen Wettstreit in Werken des Friedens zu erproben, sie können aufeinander zukommen, frei von vierhundertjährigen Gegensätzen. Die deutsch-französische Verständigung, Traum vergangener Generationen, bleibt in einer Zeit grosser Bedrückung ein nicht mehr zu erschütterndes Bollwerk, sie gleicht dem Leuchtfener, das Europa erhellt. Da sie von beiden Völkern getragen wird, wird sie auch möglichen Belastungen standhalten.

Freilich ist die Freude über diesen Abschnitt in der Geschichte beider Nationen nicht ungetrübt. Über den Verhandlungen von Paris liegen auch düstere Schatten. De Gaulles Nein zum Beitritt Grossbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft droht eine Kluft innerhalb des freien Europa aufzureissen. In der EWG wird sich vieles verschlechtern. Nicht nur England ist irritiert und fühlt sich abgestossen, auch andere beitragswillige Länder, wie Dänemark und Norwegen, sind in hohem Maße beunruhigt; sie waren bereit, in Europa aufzugehen und sehen nun den Weg dorthin durch das Veto de Gaulles blockiert. Sein Einspruch wird vor der Geschichte nicht bestehen können. Der Wille der freien Völker, ihre Lebensinteressen, aber auch die geschichtliche Notwendigkeit dürften sich früher oder später durchsetzen. Darin liegt die Hoffnung für die Zukunft.

"Amerika sitzt nun einmal am Steuer"

Philosophische Betrachtungen Washingtons zur Krise in der NATO

Von unserem Korrespondenten in den USA

Es lässt sich nicht bestreiten, dass Präsident de Gaulle zur Zeit für die Amerikaner der "schwarze Mann" der NATO ist, der allenthalben Schabernack spielt und Schaden stiftet. Es lässt sich ferner nicht bestreiten, dass von Amerika aus gesehen die NATO und alles, was dazu gehört, die ganze europäische Integration und der in so ungezählten Festreden gelobte "Zusammenschluss des freien Europa", wie ein gewaltiger Scherbenhaufen aussehen, wo sozusagen alles schief geht, was nur schief gehen kann, und das einzige europäische Land, das nicht irgend einen kleinen oder grossen Konflikt mit seinen Verbündeten hüben und drüben hat, Italien ist, das ja Präsident Kennedy denn auch prompt für seine Krisenfestigkeit belohnte, indem er die Einladung zu einem Staatsbesuch in Rom annahm.

Warten auf Vernunft

Aber im gleichen Atemzuge muss man hinzufügen, dass Amerika diese Konflikte nicht gar zu ernst nimmt, dass es sich mit einer für die temperamentvollen Amerikaner ungewöhnlichen philosophischen Gelassenheit gewappnet hat, und im übrigen darauf vertraut, dass sich allmählich Vernunft und gesünder Menschenverstand durchsetzen werden, so dass alles irgendwann irgendwie einmal wieder in Ordnung kommen wird. Zugegeben sei, dass die Berufsdiplomaten im Staatsdepartement diesen kindlicher Optimismus nicht ganz teilen; aber auch die Berufsdiplomaten und die Berufspessimisten unter den Berufsdiplomaten geben zu, dass nicht alles so heiss gegessen wird wie man es kocht, und dass der Fall NATO keineswegs hoffnungslos ist.

Wer ist nun wirklich der "schwarze Mann"?

Was nur wenigen Amerikanern klar geworden ist, das ist die Tatsache, dass bis vor ganz kurzem in Europa der "schwarze Mann der NATO" noch keineswegs de Gaulle hiess, sondern dass er McNamara hiess, seines Zeichens amerikanischer Verteidigungsminister ist und man ihn für die Ausarbeitung einer Strategie verantwortlich hält, bei der die europäischen Verbündeten nicht mehr mit absoluter Gewissheit auf den Schutz der amerikanischen Atomüberlegenheit bauen können - oder wenigstens an der Zuverlässigkeit dieses Schutzes Zweifel zu hegen begonnen haben. In Tat und Wahrheit sind vermutlich weder de Gaulle noch McNamara so böse Menschen, wie man hier und da denkt; in Wirklichkeit kann man vermutlich mit beiden sehr gut auskommen - und genau das wird die westliche Welt, nolens volens, wohl auch zu tun haben.

Flitterwochen der Allianz sind vorbei

Man darf nicht vergessen, dass die Flitterwochen der atlantischen Allianz vorbei sind, und dass es in dieser Allianz, wie in jeder noch so guten Ehe, von Zeit zu Zeit zu Differenzen kommt. Das war völlig unvermeidlich - und das ist gegenseitig. Die Europäer sind heute für

Amerika schwierigere Bündnispartner als vor einem Jahrzehnt, als sie schwächer, ökonomisch hilfloser und politisch machtloser waren als heute. Ingekehrt ist auch Amerika für die Europäer ein etwas weniger ungänglicher Verbündeter geworden - seit mit Präsident Kennedy die junge Nachkriegsgeneration in Amerika (im Gegensatz zu Europa) ans Ruder gekommen ist, und vor allem seit Präsident Kennedy mit seinem kubanischen Erfolg so viel Selbstvertrauen und Zuversicht gewonnen hat.

Liste der Reibungen

Weil man diese Dinge einzukalkulieren hat, sieht die Bilanz im Übrigen gar nicht schlecht aus. Gewiss, die Liste der Reibungstellen ist lang: Skybolt, Polaris, amerikanisches Atommonopol, Kontrolle über Atomspalten und Raketengeschosse, Englands Beitritt zur EWG, Rechte und Privilegien der amerikanischen Landwirtschaft in der EWG-Gruppe, Vorteile und mögliche Gefahren der deutsch-französischen "Achsen"-Bildung, Kolonialpolitik, Haltung in der Katanga-Frage, Ausbau der konventionellen Streitkräfte für die Gefahr lokalisierter Kleinkriege - um nur die wichtigsten zu nennen. Aber auf amerikanischer Seite werden diese Punkte nicht künstlich mit der Lupe in grössere Proportionen gesteigert. Im Falle einer ernster Krise aus dem Osten würde, davon ist man überzeugt, die NATO nach wie vor gut funktionieren, auch wenn ihre militärische Stärke hinter der Planung zurückgeblieben ist.

Was man in der USA wirklich übel nimmt

Das einzige, was die Amerikaner übel nehmen, ist, wenn man in Europa ihre Bündnistreue und Bündniszuverlässigkeit anzweifelt. Das haben wir nicht verdient, erklären sie, und der unbefangene Beobachter kann dem schlecht widersprechen. Er kann auch nicht widersprechen, wenn man philosophisch fortfährt, dass der Natur der Sache nach nun einmal Amerika in der westlichen Allianz das Steuerrad in Händen hält - und wer am Steuer sitzt, muss nun einmal auch steuern; die Gegenfrage, wer denn sonst am Steuer Platz nehmen sollte, wenn nicht die USA, ist ja auch schwer zu beantworten.

Trotzdem: Auf der Suche nach dem Kompromiss

Gibt es Kompromissformeln? Wird sich de Gaulles Widerstand gegen Englands Eintritt in die EWG überbrücken oder abschleifen lassen? Gibt es in der Frage der nuklearen Strategie eine Formel, die alle Beteiligten gleichmässig befriedigen könnte, und die zugleich auch rein militärisch tragbar erscheint? Gibt es eine klare Antwort, wenn Amerika seinen Freunden zuruft: "Ihr müsst mehr für die gemeinsame Verteidigung tun!" - und diese gekränkt antworten: "Wir tun schon genug, wir tun schon mehr als genug!"?

Niemand weiss im Augenblick, wo die friedliche Lösung oder die friedliche Kompromissantwort, auf alle diese offenen Fragen zu finden ist; Ansatzpunkte zur Konfliktüberwindung liegen natürlich rechts und links vor, aber der Weg ist nach wie vor steil. Die gegenwärtige Geschichtsphase scheint erneut die Richtigkeit der alten Weisheit zu bestätigen, dass es überaus leicht ist, eine politische oder militärische Allianz abzuschliessen, dass es aber übermenschlicher Anstrengungen ohne Unterbrechung bedarf, eine solche Allianz auf die Dauer in gutem brauchbaren und lebensfähigen Zustand zu erhalten, über die potentiellen Krisenherde hinweg, die ihr allenthalben am Wegrand aufzulauern suchen.

Der Ostblock lockt Entwicklungsländer-Studenten (I)

B.M. - Nach britischen Angaben ist im vorigen Jahr die Zahl der Studenten aus Entwicklungsländern im Ostblock auf rund 18 500 angewachsen. 8 000 von ihnen studieren in der Sowjetunion, 3 000 in China, 2 200 in der Tschechoslowakei und 2 000 in der sowjetisch besetzten Zone. Dann folgen Polen mit 1 300, Ungarn mit 1 000 und Bulgarien und Rumänien mit je 500 Studenten aus Afrika, Asien und Lateinamerika.

Im einzelnen mag man über die Stichhaltigkeit dieser Zahlen streiten, zumal im Ostblock seit zwei Jahren für alle detaillierten statistischen Angaben eine Nachrichtensperre verhängt wurde. Sicher aber ist eines: Während bisher die USA, England, Frankreich und die Bundesrepublik die wichtigsten Ausbildungsländer für den akademischen Nachwuchs der Entwicklungsländer waren, macht nun auch der Ostblock auf diesem Gebiet gewaltige Anstrengungen. In Moskau und Prag wurden spezielle "Ausländer-Universitäten" eingerichtet, Kabinettsbeschlüsse erheben das Ausländerstudium sogar zum politischen Programmpunkt. Im Hintergrund steht dort nicht nur die selbstlose Absicht, Bildungshilfe für die Entwicklungsländer zu leisten, sondern auf diesem Wege auch kommunistische Kader in den unabhängig gewordenen Staaten zu formieren.

Auswahlmotive

Das Sozialamt des Bundesstudentenringes, das seit geraumer Zeit auch die geflüchteten ausländischen Studenten betreut, hat jetzt in einer verdienstvollen Untersuchung auf Ziele und Methoden dieser Aktion im Ostblock hingewiesen. Schon bei der Auswahl der Stipendiaten werden vor allem Bewerber der sozialen Grund- und Mittelschichten bevorzugt, die aus finanziellen Gründen oder wegen fehlender Plätze an den höheren Schulen oft nicht einmal die Hochschulreife erlangen konnten. Diese Kandidaten, die weder in ihrer Heimat noch im Westen die Chance des Hochschulbesuchs haben, werden nun in Spezialkursen auf das Hochschulstudium vorbereitet, alles unter dem Schlagwort der "Demokratisierung des Bildungswesens". Dieses System, verbunden mit intensiver politischer Schulung, wurde bereits einmal hinter dem Eisernen Vorhang in den Arbeiter- und Bauernfakultäten erprobt. Dieses Mal

geht es aber darum, Gruppen heranzubilden, um irgendwann die dünnen einheimischen Oberschichten der Entwicklungsländer abzulösen, deren Kinder es übrigens vielfach sind, die heute in den westlichen Ländern oder in der Heimat studieren können.

Wege und Schleichwege der Anwerbung

Auf vier Wegen erfolgen Auswahl und Anwerbung der Studenten: Der offizielle, aber der Zahl nach unbedeutendste Weg ist der Abschluß von Kulturabkommen, zu denen sich die westlich oder neutral eingestellten Regierungen der Entwicklungsländer ohnehin nur zögernd bereitfinden. Wirkungsvoller ist schon die Anwerbung über kommunistische Massen- und Tarnorganisationen: Weltgewerkschaftsbund, Internationaler Studentenbund in Prag, Weltbund Demokratischer Jugend in Bukarest, aber auch einiger Studentenorganisationen in den Entwicklungsländern selbst. Wo das Ziel so nicht erreicht werden kann, scheuen sich die östlichen diplomatischen Vertretungen nicht, unter der Hand ausserhalb aller Abkommen Stipendien anzubieten - eine Methode, die im diplomatischen Verkehr zumindest ungewöhnlich ist.

In jüngster Zeit griff man zu einem besonderen Trick: Die während des Studiums im Osten für den Kommunismus bereits gewonnenen Studenten werden während der Ferien finanziell gut ausgestattet in die Heimat geschickt, um mit den Verhältnissen im Heimatland unzufriedene Studienbewerber narhaft zu machen und so für die Selbstergänzung der bereits im Ostblock studierenden Gruppe des betreffenden Entwicklungslandes zu sorgen.

Ausreiseverbote einiger Regierungen für die Studienbewerber nützen auch nicht viel. Sie schaffen nur politische Spannungen - und außerdem fanden sich immer wieder Amtsstellen im eigenen Lande oder in Nachbarländern, die die Bewerber unter Angabe harmloser Reiseziele mit falschen Papieren versorgten.

II. folgt

+ + +